

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

EntschlieÙung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 5/1541 -**

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaus-
haltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Thüringer Haus-
haltsgesetz 2011 - ThürHhG 2011 -)**

**hier: Dokumentations- und Beratungsstelle für Grund-
rechte und Demokratie**

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Beratungs- und Dokumentationsstelle für Grundrechte und Demokratie in Thüringen zu schaffen. Die Beratungs- und Dokumentationsstelle soll zivilgesellschaftliche Projekte und ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken und der Vernetzung lokaler Bündnisse dienen.

Begründung:

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat sich immer wieder als nicht geeignetes Instrument bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus herausgestellt, das zudem mit erheblichen die Grundrechte einschränkenden Befugnissen ausgestattet ist. Mittel, die für die nachrichtendienstliche Tätigkeit bislang zur Verfügung stehen, sollen künftig zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte und ihrer Arbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus beitragen.

Durch die Schaffung einer ohne nachrichtendienstliche Befugnisse auskommenden Beratungs- und Dokumentationsstelle für Grundrechte und Demokratie erfahren zivilgesellschaftliche Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eine tatsächliche Stärkung ihrer Arbeit. Die Dokumentationsstelle soll sowohl öffentliche Plattform sein und der Vernetzung lokaler Bündnisse dienen.

Für die Fraktion:

Renner